



Rechts Gera



deaus Links

Der Kampf um das Volk

Mit Populismus gegen den Populismus? Rechte Rhetorik sich politisch links gebender Parteien und Politiker*innen im Angesicht des Erstarkens rechtspopulistischer und rechtsextremer Ideologien sowie des Erfolges extrem rechter Parteien. Von Pit Kühnühl.

Rechtsextremistische und völkisch-nationalistische Akteur*innen erzielen immer mehr Wahlerfolge und beeinflussen den politischen Diskurs immer stärker. Die AfD sitzt nicht nur in vierzehn Landesparlamenten, sondern auch im Bundestag, die kleine Identitäre Bewegung kopiert linke Strategien und erlangt damit große mediale Aufmerksamkeit, auf der Frankfurter Buchmesse dürfen rechtsradikale Verlage ihre Propaganda verbreiten, während ihre Anhänger Menschen angreifen – und das größte Ziel der CSU ist es, ihre „offene rechte Flanke“ zu schließen. Nationalismus, Rassismus, Homophobie und Antisemitismus entfalten ihr immer schon dagewesenes Potential in der Mitte der Gesellschaft immer weiter. Und was macht die politische Linke? Anstatt sich gegen die Menschenfeindschaft der rechtsradikalen Gruppen zu stellen, übernimmt sie deren Jargon; anstatt die menschenfeindlichen Einstellungen in der Bevölkerung zu kritisieren, redet sie dem völkischen Volk nach dem Mund.

Die aktuell bekanntesten und wirkmächtigsten Köpfe dieser rechten Politik von links sind Sahara Wagenknecht und Oskar Lafontaine von der Partei DIE LINKE sowie Boris Palmer und Winfried Kretschmann

von den Grünen. Für die Linkspartei sind die Wahlerfolge der AfD auch eine Bedrohung, die sich direkt in Wähler*innenstimmen messen lässt. Denn die AfD bekommt ihre Stimmen nicht nur aus dem Lager der ressentimentgeladenen Mitte, die ihre innerhalb des kapitalistischen Systems bestehenden Privilegien durch alles Fremde und Neue bedroht sieht – sie bekommt ihre Stimmen auch von den tatsächlichen sogenannten Abgehängten. Vor allem in Ostdeutschland entsteht so eine direkte Konkurrenz der beiden Parteien. Hatte die Partei DIE LINKE noch bis vor Kurzem einen nahezu hegemonialen Anspruch auf Repräsentation der prekär beschäftigten Bevölkerungsteile und der Erwerbslosen, so erreichen die noch extremer verkürzten Welterklärungsmuster und noch einfacheren Feindbilder, die die AfD den Menschen anbietet, dort immer größere Teile der Wählerschaft und überholen die Linkspartei beinahe überall.

Der Volks-Oskar

Dabei unterscheiden sich viele Positionen, die von Mitgliedern innerhalb der Linkspartei vertreten werden, jedoch kaum von denen der AfD. Zum Beispiel die von Oskar Lafontaine, über den die des

Linksradikalismus unverdächtige Tageszeitung *Die Welt* schrieb, dass er und der völkisch-nationalistische AfD-Politiker Alexander Gauland „zum Verwechsellern nah beieinander“ seien. Lafontaine hatte bereits 1992/93 als Ministerpräsident des Saarlandes die euphemistisch als „Asylkompromiss“ betitelte faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl entscheidend mitgetragen. Dieser „Asylkompromiss“ war die Reaktion der Politik auf die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda und Mölln – eine Reaktion, die den Menschen, die hier Schutz oder ein besseres Leben suchten, selbst die Schuld an den Übergriffen gab, statt dem aggressiven und gewalttätigen rechtsradikalen Mob. Eine in Deutschland nur allzu beliebte Vorgehensweise: Rechtsextreme Gewalttaten werden gedeckt, während die Opfer kriminalisiert und im Stich gelassen werden.

Und auch jetzt, nach den Wahlerfolgen der AfD, äußert Lafontaine sich im rechten Jargon und lässt unter anderem auf Facebook rassistische Tiraden los, in denen er behauptet, dass die deutsche Flüchtlingspolitik unsozial sei. Denn angeblich seien die Flüchtenden gar nicht bedürftig, da sie ja in der Lage seien „mehrere Tausend Euro aufzubringen“, um Schlepper zu bezahlen, wohingegen die Deutschen „am unteren Ende der Einkommensskala“ die wirklich Bedürftigen seien. Er spielt so zwei Gruppen von Menschen, die beide die negativen Effekte des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu erleiden haben, gegeneinander aus. Keine der beiden Gruppen wird auch nur einen Tropfen mehr aus den Honigtöpfen des Kapitalismus abbekommen, nur weil die andere weniger bekommt. Die Logik, dass einem vor Krieg und Hunger fliehenden Menschen nicht geholfen werden dürfe, nur weil in Deutschland manch einer von Hartz IV leben muss, ist so perfide wie rassistisch. Lafontaine suggeriert damit, dass die Anderen Schuld an der Armut in Deutschland seien und dass der Konflikt zwischen Arbeiterklasse und Kapital im abgeschotteten Nationalstaat schließlich aufgehoben würde – eine Theorie, die schon die Nazis in ihrer Propaganda verwendet haben.

Doch nicht nur in Geflüchteten sieht Lafontaine die Bedrohung des deutschen Volks. Doch nicht nur im Verhältnis zwischen Geflüchteten und deutschen prekär Beschäftigten erkennt Lafontaine die Prinzipien des Kapitalismus nicht. So phantasierte er bei einer Protestkundgebung gegen die US-Air-Base in Ramstein am 9. September 2017, dass hinter Bundeskanzlerin Merkel und hinter der US-Regierung noch eine „unsichtbare Regierung“ stehe. Wen er mit dieser personalisierten, angeblich geheimen Macht genau meinte, führt er nicht aus. Doch die anwesende

verschwörungstheoretische deutsche Friedensbewegung – für die Krieg ja nur dann auch wirklich Krieg ist, wenn er von den USA oder von Israel geführt wird – wird sich schon ihren Reim darauf gemacht haben. Das Spielen mit Codes ist in der verschwörungstheoretischen Szene üblich, die Feindbilder sind klar bestimmt.

„Die heilige Johanna der neuen Nationalbewegung“

Die zweite treibende Kraft des völkischen und national-sozialen Flügels der Linkspartei ist Sahra Wagenknecht. Haben sich sozialistische, sozialdemokratische oder kommunistische Bewegungen und Theorien zwar auch schon immer positiv auf das „Volk“ als revolutionäres Subjekt bezogen, so war dieses „Volk“ in diesen Theorien nie ein ethnisch einheitliches, homogenes, sondern ein vielschichtiges, nicht an die Herkunft gebundenes. Dieser Volksbegriff wurde internationalistisch und global verstanden, als eben die „Proletarier aller Länder“, die sich vereinigen sollten. Wagenknechts Definition ist eine andere.

Ihr Volk ist homogen und ihre Demokratie funktioniert nur national. In ihrem Buch „Reichtum ohne Gier“ kritisiert sie zum Beispiel die EU aus strikt nationalistischer Perspektive: „Je größer, inhomogener und unübersichtlicher eine politische Einheit ist, desto weniger funktioniert das. Kommen dann noch Unterschiede in Sprachen und Kultur hinzu, ist es ein aussichtsloses Unterfangen.“ Ja, in der EU gibt es Demokratiedefizite – an der kulturellen Vielfalt der Union oder an mangelnden Nationalismen liegt das aber wahrlich nicht. Im Gegenteil, die EU ist ein Staatenbund auf dem Weltmarkt konkurrierender Staaten, in dem die Bundesrepublik die Hegemonialmacht darstellt. Das Problem ist also der bestehende Standort- und Weltmarkt-Nationalismus, nicht der fehlende.

Wer wie „die heilige Johanna der neuen Nationalbewegung“ – wie Rainer Trampert Wagenknecht in der *konkret* bezeichnete – einen homogenen, abgeschotteten Volksbegriff vertritt, muss natürlich dieses Volk auch vor realen oder imaginierten Bedrohungen von außen schützen. Somit sind ihre Ausfälle, dass Asylrecht nur ein „Gastrecht“ sei, dass die Terroristen „mit den Flüchtlingen“ gekommen seien oder ihre Rede von „Kapazitätsgrenzen“ bei der Aufnahme von Geflüchteten – was sich in nichts von der „Obergrenze“ der CSU unterscheidet – zwar nicht weniger widerlich, so aber wenigstens konsequent. Sie

selektiert die Gesellschaft in Eigene und Fremde, in böse Flüchtlinge und gutes Volk. Sie entmenschlicht Geflüchtete, spricht ihnen das Recht ab, das eigene Leben zu retten oder schlicht und einfach das auf ein besseres Leben – und macht sie zu einem Objekt der Gefahrenabwehr.

Für Volk und Arbeit

Damit unterscheidet sich ihr Jargon nicht von dem der AfD oder Pegida. Kein Wunder also, dass sie Verständnis für Pegida äußert, deren Proteste gegen „die herrschende Politik“ sogar gutheißt, oder dass sie die AfD-Fraktion im Bundestag nicht pauschal verurteilen möchte. Direkt nach den Bundestagswahlen stellte sie sich sogar schützend vor AfD-Wähler*innen, zweifelte deren rassistische Wahlmotivation an und sprach von „Schnittmengen“ zwischen AfD und der Partei DIE LINKEN – Schnittmengen, die mit ihrem national-sozialen Flügel definitiv vorhanden sind, mit einer undogmatischen und emanzipatorischen Linken allerdings nicht. Sahra Wagenknechts Sozialismus ist so national, dass bei ihrem Gespräch mit Frauke Petry in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* es nicht einmal aufgefallen wäre, wenn man die Namen zu den jeweiligen Antworten ausgetauscht hätte.

Wagenknechts Linke ist so wenig links, dass sie von der AfD – und dort selbst von Alexander Gauland – immer wieder für ihre Aussagen zur Flüchtlingspolitik gelobt und der Frontfrau der Linken sogar ein Übertritt in die neue Rechte nahegelegt wird.

Gleichzeitig vertritt sie aber eine Wirtschaftspolitik, die weder antikapitalistisch ist, noch nach den Interessen des sogenannten kleinen Mannes oder der kleinen Frau sein dürfte, für die Wagenknecht sich einzusetzen vorgibt. „Die aktuellen Produktionsverhältnisse spielen für sie keine Rolle, die Arbeiterklasse, das wachsende Heer von Prekären, sind nicht ihre Adressaten, sondern der Mittelstand“, schreibt Peter Bierl zutreffend in der *konkret*. In „Reichtum ohne Gier“ präsentiert sie eine vom Arbeitsfetischismus geprägte verkürzte Kapitalismuskritik und schimpft darin gegen von ihr so betitelte „Faulbären“, die auf Kosten der hart Arbeitenden leben würden.

Vielleicht sollte Frau Wagenknecht wieder einmal Marx lesen. Stellt er doch anschaulich dar, dass wirtschaftliche Ungleichheit im kapitalistischen System keine Folge der Gier Einzelner ist, sondern eine Folge der Struktur wie der systemimmanenten Zwänge; die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ist demnach für den kleinen Betrieb genauso essentiell wie für den internationalen Großkonzern. Kleine Betriebe sind

nicht automatisch besser oder weniger kapitalistisch als große. Aber das passt nicht ins Weltbild des guten und hart arbeitenden Volkes. Eine fundierte Kritik am Kapitalismus ist für ihren Populismus natürlich nicht hilfreich.

„Der Thilo Sarrazin der Grünen“

Rechtspopulistische linke Positionen sind allerdings kein Monopol der Partei DIE LINKE. Die SPD hat mit Thilo Sarrazin und Heinz Buschkowsky schon früh den Reigen rechtspopulistischen Rumgepolters von Links eröffnet. Inzwischen ist mit Boris Palmer, dem „Thilo Sarrazin der Grünen“ (*Frankfurter Rundschau*) und Bürgermeister Tübingens, eine neuer Akteur auf den Plan getreten, der sein Buch verkaufen will. Palmer fotografiert gerne ausländisch aussehende Jugendliche, die beim Schwarzfahren erwischt werden, um sie unter der Begründung auf Facebook an den digitalen Pranger zu stellen, dass dies für sie typisch sei – natürlich ist es für ihn aber nicht rassistisch, bestimmte negative Verhaltensweisen einer Gruppe zuzuordnen. Gleichzeitig forderte er in einem Gespräch mit dem *Spiegel* einen militärischen Grenzschutz der EU, egal wie bedrohlich dies die Lage für Flüchtende mache. Die Bilder, die dabei entstünden, müsse man aushalten und kein Mitleid haben, denn „wer noch schreien kann, hat genug Kraft zu überleben“.

Palmer teilt auf seiner Facebook-Seite unter anderem Artikel des auch in AfD- und Pegida-Kreisen sehr beliebten rechtspopulistischen und islamfeindlichen Nachrichtenportals *PI-News*. Er schreibt auf Facebook an anderer Stelle: „Anti-Rassist werde ich bestimmt nicht. Offen gestanden: Das ist für mich eine abschreckende, intolerante Ideologie.“ Antirassismus als Ideologie darzustellen ist eine beliebte Methode in rechten Kreisen. Indem man dem Antirassismus seine humanistische wie anthropologische Basis – die prinzipielle Gleichheit aller Menschen – abspricht und ihn zu einer Ideologie erklärt, lässt er sich einfacher bekämpfen. Ähnlich verhalten sich sogenannte Klimaskeptiker in Bezug auf den menschengemachten Klimawandel.

Palmer bewegt sich mit dieser Position gedanklich stark in der Nähe des französischen Philosophen Renaud Camus, einem der prominentesten Vordenker der neuen Rechten und der rechtsextremistischen Identitären Bewegung, der geschrieben hat, dass der Antirassismus „eine Ideologie und sogar eine Indoktrination“ sei, eine „Waffe von Machtausübung und der Unterdrückung“. So wie sich Rechtspopulist*innen und

Rechtsradikale immer gleich unterdrückt, zensiert und ganz gemein behandelt fühlen, wenn ihrer Hetze widersprochen wird oder sie daran gehindert werden, das zu tun, was sie tun, wenn man sie nicht daran hindert – nämlich Menschen angreifen, verletzen und töten. Und Boris Palmer gibt den Rechten argumentative und ideologische Rückendeckung, bestärkt sie in ihrer immer wieder neu aufgebauten Opferrolle.

Heimat in grün-braun

Stellten sich die Grünen als Partei 1993 noch gegen den Asylkompromiss und kritisierten das Dublin-Abkommen seit seinem Bestehen, so schieben sie heute, als Teil der Regierung auch Familien und Kinder in Kriegsgebiete ab – so ist in Baden-Württemberg unter dem grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann die Zahl der Abschiebungen sogar höher als im CSU-regierten Bayern. Kretschmann war auch schon in den Jahren 2014 und 2015 entscheidend an der Einstufung der Länder des Westbalkans als sichere Herkunftsstaaten beteiligt. Im Jahr 2016 schließlich stimmte die grün-schwarze Landesregierung unter ihm auch dem Antrag zu, die Maghreb-Staaten als sicher einzustufen – gegen die Linie seiner Partei. Der Antrag scheiterte im Bundesrat.

In Regierungsverantwortung kommen grüne Politiker auch noch auf andere Ideen. So der schleswig-holsteinische Umweltminister Robert Habeck, der in der *F.A.Z.* forderte, man solle die Begriffe „Heimat und Patriotismus“ nicht der AfD überlassen, sondern neu definieren. Doch der Begriff Heimat lässt sich aus linker Perspektive nicht positiv besetzen. Heimat als sprachliches Bild, in seiner gesamten Bedeutung, wird immer verstanden als einmalige und unveränderliche Identität und Herkunft, wird gedeutet als eine geradezu schicksalhafte Verbindung zwischen dem Boden, einer starren Kultur sowie den Menschen, die dort geboren wurden.

Der Begriff führt in völkische Ideologien und dazu, dass jedes Verlassen dieses Heimatbodens und der mit ihm verbundenen homogenen und abgeschlossenen Gesellschaft nicht mehr erlaubt ist – genauso wenig wie das Betreten einer neuen Heimat – und dass das Individuum sich dem Kollektiv unterzuordnen habe. Dieser Begriff der Heimat ist auch gleichzeitig ein Einfallstor für Antisemitismus, denn, wer sich nicht seiner schicksalhaften Verwurzelung hingibt, sondern überall auf der Welt zuhause ist, wird damit zum Feind – so waren die „nomadischen“ oder „heimatlosen“ Jüd*innen das Ziel des klassischen Antisemitismus, so

ist das „ortlose Finanzkapital“ oder die Globalisierung heute Ziel der regressiven Kapitalismuskritik, also des sekundären Antisemitismus.

„Lechts und rinks kann man nicht velwechsern“

Doch wirklich neu sind die rechten Parolen angeblich linker Politiker*innen auch nicht. So sind die heutigen Erfolge der rechten Parteien und Akteure auch mit dem Mist rassistischer Aussagen von SPD-Politikern wie Sarrazin und Buschkovksy gewachsen. Sahara Wagenknecht vertritt auch nicht erst seit den Erfolgen der AfD eine anti-westliche und Putin-freundliche, sowie eine völkische und national-bolschewistische Politik. Ihr Parteikollege Diether Dehm, der Nazi-Überfälle als „Balgereien mit Flüchtlingen“ beschönigt, hat sich auch nicht erst nach den Wahlen mit den neurechten antisemitischen Montagsmahnwachen oder mit der palästinensischen Hamas solidarisiert, die den Mord an Jüd*innen in ihrer Charta stehen hat.

Teile der dogmatischen Linken hatten schon lange dieselben Feinde und dieselben Gegenkonzepte wie die AfD oder andere rechtsextreme Gruppen. Das Böse kommt für sie immer von außen, ist international, liberal und modern: Flüchtende und Migration, Globalisierung und Weltfinanzen, USA und Israel, internationale Unternehmen, Euro und EU. Das Gute muss nun folglich das Gegenteil dazu sein, nach innen gerichtet, national und homogen: Abschottung, Volk und Volksgemeinschaft, Putin und Iran, traditionelle Familie, deutsches Kapital und D-Mark. Beide stellen das Kollektiv über das Individuum – das in ihren Augen ja ohnehin nur eine neoliberale Erfindung ist. Beide sehen Demokratie als eine Mehrheitsdiktatur des einheitlichen Volkswillens – von dem ja nichts abweichen darf –, nicht als Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen und als Schutz von Minderheiten.

Dass solch eine politische Linke keinen Gegenentwurf zu den erstarkenden rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Tendenzen in der Bevölkerung darstellen kann, ist so trivial wie traurig.<

Pit Kühnöl
ist Politikwissenschaftler und befasst sich vorwiegend mit den Bereichen Nationalismus, Antisemitismus und Verschwörungstheorien.